



Presseheft

5
2009

Bevölkerungsvorausrechnung für Baden-Württemberg bis zum Jahr 2060/Heiraten 2008



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Impressum

Presseheft
November 2009

Herausgeber und Vertrieb
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

© Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg, Stuttgart, 2009

Für nicht gewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/ Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Bevölkerungsvorausrechnung
für Baden-Württemberg
bis zum Jahr 2060/Heiraten 2008

Bevölkerungsvorausrechnung

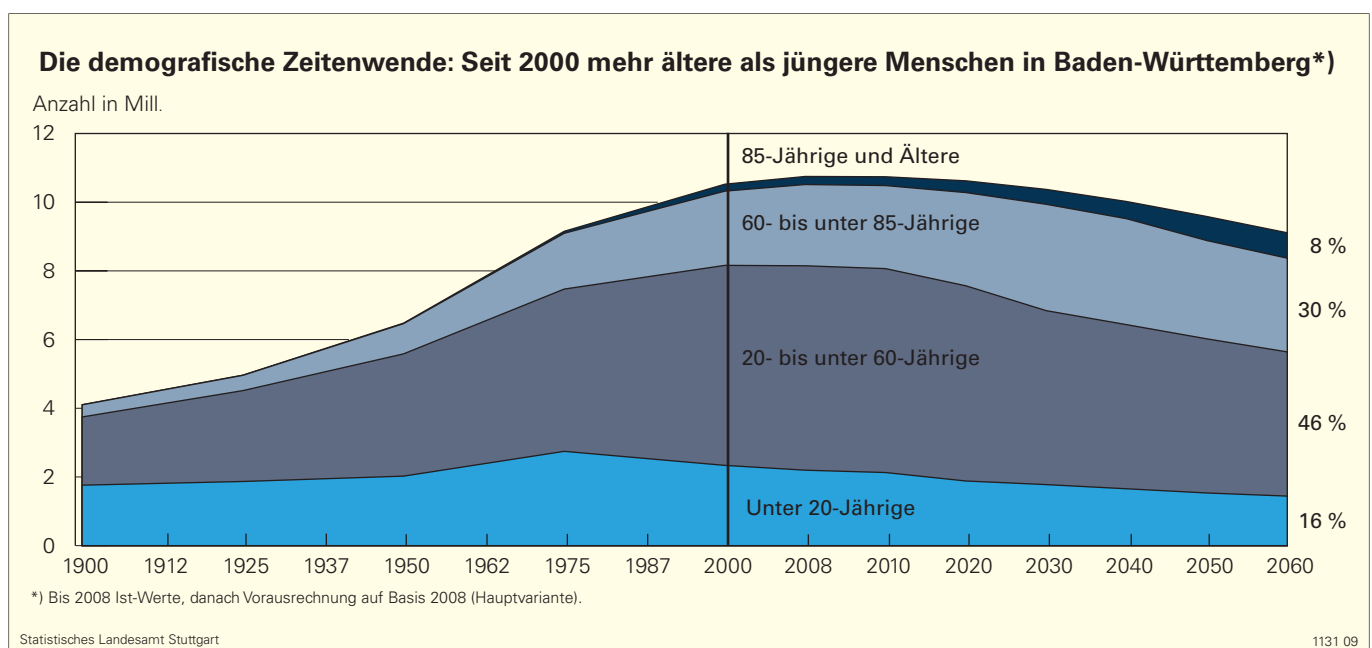
Die Einwohnerzahl Baden-Württembergs könnte bis zum Jahr 2060 um rund 1,6 Mill. auf 9,1 Mill. zurückgehen

Die Bevölkerungszahl in Baden-Württemberg ist im vergangenen Jahr – erstmals wieder seit 1984 – zurückgegangen. Nach der neuen Bevölkerungsvorausrechnung des Statistischen Landesamtes wird sich dieser Rückgang in den kommenden Jahrzehnten sogar noch beschleunigen. Aus heutiger Sicht könnte die Einwohnerzahl des Landes bis zum Jahr 2060 um rund 1,6 Mill. auf nur noch 9,1 Mill. zurückgehen. Die Einwohnerzahl im Südwesten läge dann nur noch so hoch wie Anfang der 1970er-Jahre.

Die demografische Wende hat auch Baden-Württemberg erreicht

Jahrzehntelang ist die Bevölkerungszahl des Landes fast stetig angestiegen. Der Südwesten hatte aufgrund der enormen Zuwanderung das mit Abstand stärkste Bevölkerungswachstum der alten Bundesländer seit Anfang der 1950er-Jahre erzielt (+ 64 %). Hessen und Bayern folgen mit einem Plus von 40 % bzw. 38 %. Hinzu kam, dass Baden-Württemberg aufgrund seiner relativ jungen Bevölkerung in den Jahren 2001 bis 2005 das einzige Bundesland war, das noch einen Geburtenüberschuss erzielen konnte; seit 2006 übertrifft aber auch im Südwesten die Zahl der Gestorbenen diejenige der Geburten. Im Bundesgebiet sterben dagegen bereits seit 1972 mehr Menschen als Kinder geboren werden.

Künftig ist jedoch aufgrund der Altersstruktur der Bevölkerung zu erwarten, dass sich das derzeit noch geringe Geburtendefizit in den nächsten Jahren stetig vergrößern wird. Hinzu kommt, dass aus heutiger Sicht nicht davon auszugehen ist, dass sich die derzeit relativ geringen Wanderungsgewinne in den nächsten Jahren wieder deutlich erhöhen werden. Aber auch für den Fall, dass die jährlichen Wanderungsgewinne von derzeit lediglich knapp 5 000 auf 20 000 Personen steigen würden, würde dies nicht zu einer Trendumkehr in der Bevölkerungsentwicklung führen. Vielmehr würde dies lediglich eine Abschwächung des Bevölkerungsrückgangs bewirken.



Immer mehr ältere Menschen ...

Mit Beginn des neuen Jahrhunderts gab es Ende 2000 die historische Zäsur, dass erstmals seit Bestehen des Landes hier mehr 60-Jährige und ältere Menschen (2,36 Mill.) lebten als unter 20-Jährige (2,34 Mill.). Von Ende 2000 bis Ende 2008 ist der Bevölkerungsanteil der unter 20-Jährigen von 22 % auf 20 % gesunken, während der Anteil der 60-Jährigen und Älteren in diesem Zeitraum um einen Prozentpunkt auf 24 % zugenommen hat. Diese Entwicklung wird künftig fortschreiten und lässt sich voraussichtlich nicht mehr umkehren. Der Anteil der unter 20-Jährigen wird aus heutiger Sicht bis 2030 auf 17 % sinken und im Jahre 2060 nur noch bei knapp 16 % liegen. In einer gegenläufigen Entwicklung würde der Bevölkerungsanteil der 60-jährigen und Älteren von derzeit 24 % auf 38 % in 2060 ansteigen. Bereits ab dem Jahr 2030 wäre die nachwachsende Generation (unter 20 Jahren) nur noch halb so stark in unserer Gesellschaft vertreten wie die ältere Generation (60 und mehr Jahre).

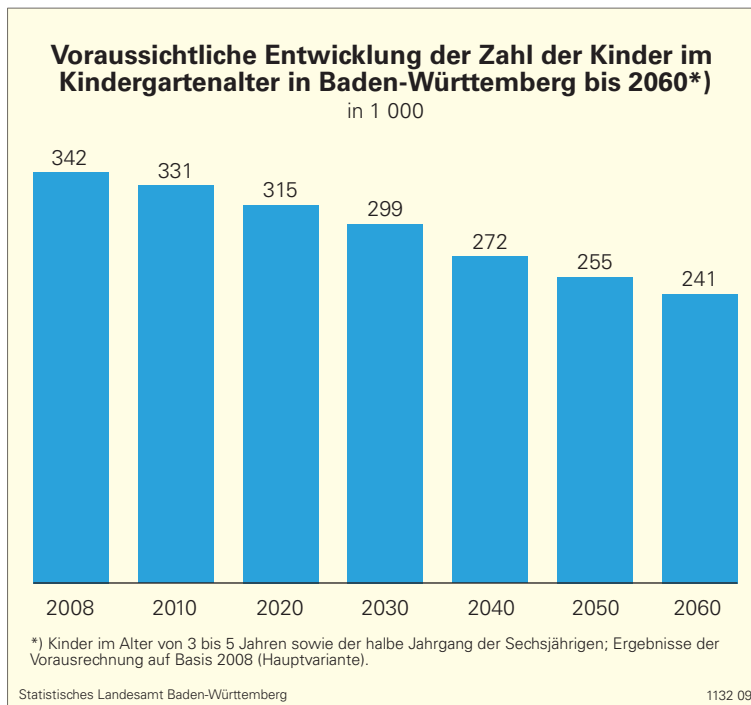
... und immer weniger Kindergarten- und Schulkinder

Obwohl für den gesamten Voraussrechnungszeitraum eine konstante Geburtenrate unterstellt wurde, wird die Zahl der Geburten und damit in der Folgezeit die Zahl der Kinder im Kindergarten- bzw. Schulalter aufgrund der sinkenden Besetzungstärken bei den Frauen im gebärfähigen Alter weiter zurückgehen. Im Jahr 2008 gab es noch 342 000 Kinder im Kindergartenalter; deren Zahl wird bis zum Jahr 2030 um etwa 12 % zurückgehen; in den Folgejahren könnte sich dieser Rückgang sogar noch beschleunigen. Am Ende des Voraussrechnungszeitraums im Jahr 2060 könnten es dann nur noch 241 000 Kinder sein.

Der Rückgang der Kinderzahlen setzt sich zeitlich verschoben im Schulbereich fort. Aus heutiger Sicht wird die Zahl der 6- bis unter 18-Jährigen, die den Schülern an allgemeinbildenden Schulen zugerechnet werden können, bis 2030 um ein Fünftel zurückgehen; zwischen 2030 und 2060 könnte die Besetzung dieser Altersgruppe um ein weiteres Fünftel absinken. Anstelle von knapp 1,4 Mill. Kindern und Jugendlichen im Schulalter würde diese Bevölkerungsgruppe dann nur noch 0,9 Mill. Personen umfassen.

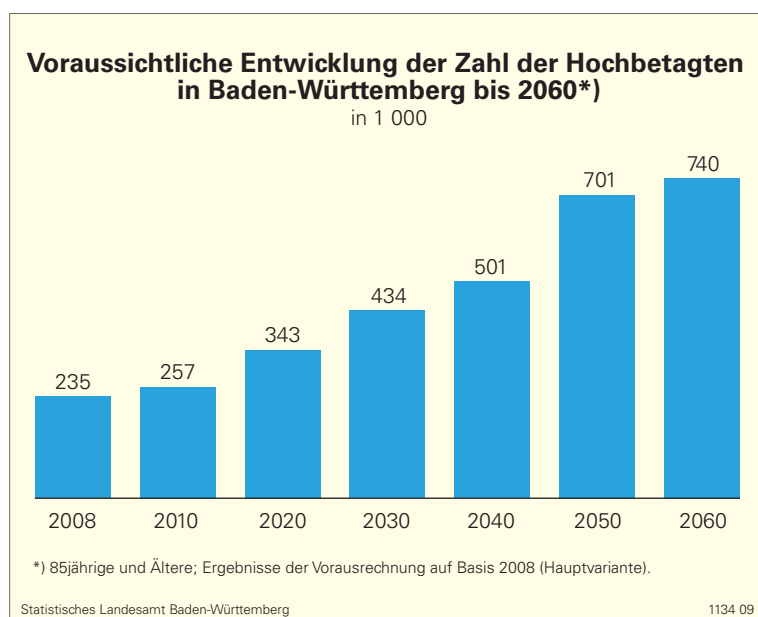
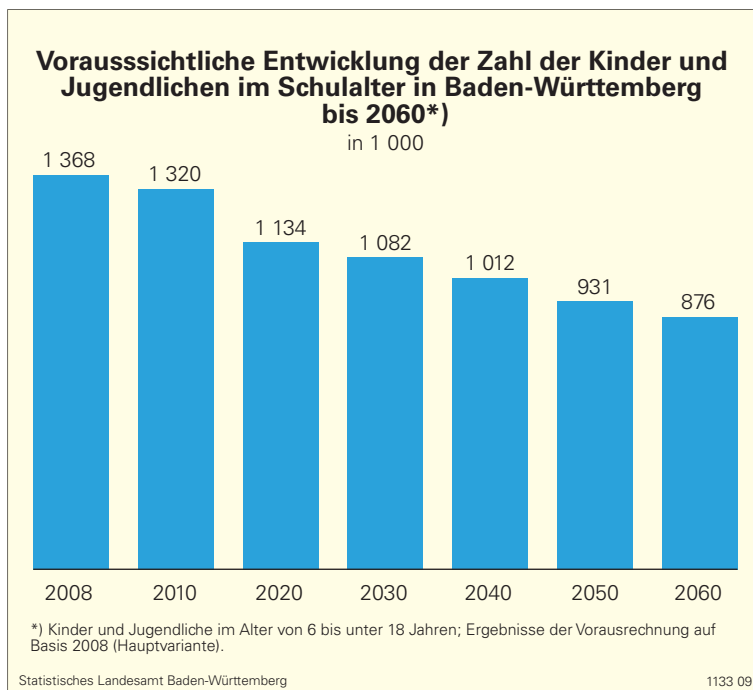
Überdurchschnittlicher Anstieg der Zahl hochbetagter Menschen

Für sozial- und speziell altpolitische Planungen ist es von besonderer Bedeutung, dass künftig die Zahl älterer und vor allem hochbetagter Menschen deutlich ansteigen wird. Immer mehr Männer und Frauen erreichen ein hohes Alter. Das Statistische Landesamt hat für die 85-Jährigen und Älteren – den Hochbetagten – eine überdurchschnittlich starke Zunahme ermittelt. Innerhalb der nächsten drei Jahrzehnte dürfte sich ihre Zahl verdoppeln. Dann wären rund 470 000 Einwohner des Landes 85 Jahre oder älter; Ende 2008 waren es etwa 235 000. Langfristig würde sich ihre Zahl im Vergleich zu heute sogar mehr als verdreifachen. Im Jahre 2060 gäbe es dann rund 740 000 Hochbetagte in Baden-Württemberg. Da es sich hierbei



um eine Bevölkerungsgruppe mit einem hohen Pflegerisiko handelt, dürfte künftig auch die Zahl der Pflegebedürftigen deutlich ansteigen.

Diese Entwicklung hin zu einer im Schnitt immer älteren Bevölkerung ist bereits heute vorprogrammiert, weil insbesondere nach 2020 die geburtenstarken Jahrgänge aus den 1960er-Jahren in die Altersphase der 60-Jährigen und Älteren hineinwachsen. Bereits von 1950 bis zum Jahr 2008 ist das Durchschnittsalter der Bevölkerung um rund acht Jahre gestiegen – von etwa 34 Jahre auf gut 42 Jahre. Und dieser Alterungsprozess wird sich in Zukunft fortsetzen. Bis zum Jahr 2060 ist mit einem weiteren Anstieg des Durchschnittsalters um gut 7 Jahre auf dann knapp 50 Jahre zu rechnen.



Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter wird in Baden-Württemberg erst nach 2020 deutlich absinken

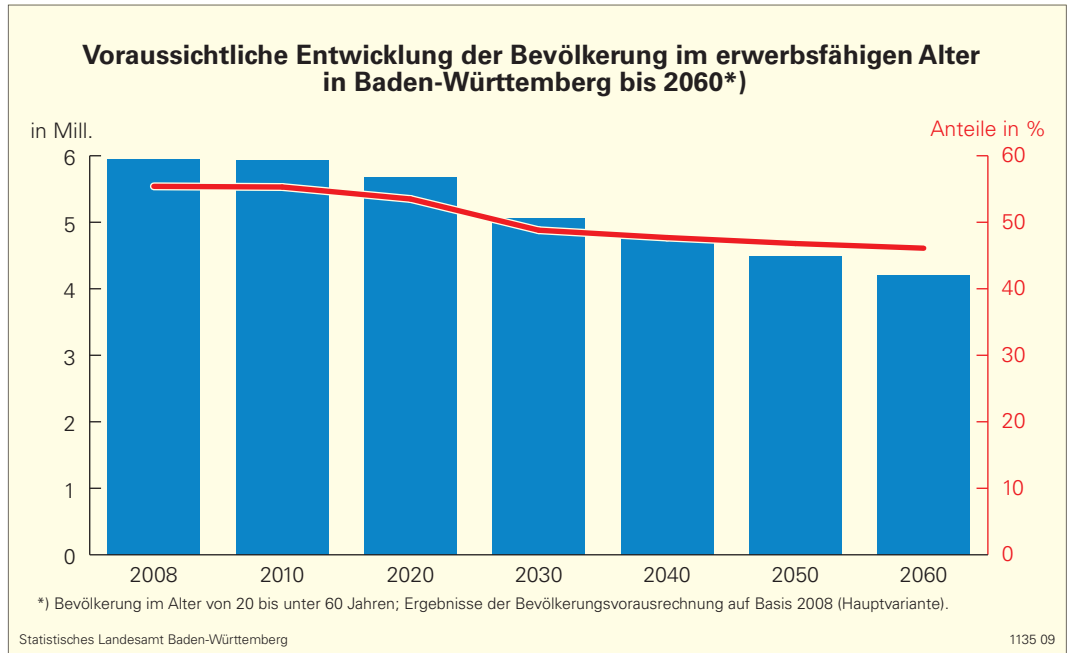
Die Bevölkerungszahl Baden-Württembergs wird in den nächsten Jahrzehnten stetig zurückgehen. Dabei wird allerdings der Bevölkerungsanteil der 20- bis unter 60-Jährigen, die im Wesentlichen das Erwerbspersonenangebot stellen, bis um das Jahr 2020 nur geringfügig von 55 % auf dann knapp 54 % absinken. Nach dem Jahr 2020 ist jedoch mit einem beschleunigten Rückgang bei der Zahl von Menschen im erwerbsfähigen Alter zu rechnen. Im Jahre 2060 liegt die Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 60 Jahren mit rund 4,2 Mill. voraussichtlich um knapp 1,8 Mill. niedriger als Ende 2008. Ihr Bevölkerungsanteil belief sich dann auf nur

noch 46 % gegenüber rund 55 % heute. Allerdings ist zu erwarten, dass die Zahl der Erwerbspersonen nicht im gleichen Umfang zurückgehen wird, da in den nächsten Jahren mit einer weiter steigenden Erwerbsbeteiligung der Frauen und auch der älteren Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zu rechnen ist.

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist in den letzten Jahren „gealtert“: Bis Ende 2003 überwog regelmäßig die Zahl der „Jüngeren“ (20- bis 39-Jährigen) die der „Älteren“ (40- bis 59-Jährige); seither gab und gibt es mehr ältere als jüngere Personen, die sich im erwerbsfähigen Alter befinden. Und auch in Zukunft werden die 40- bis 59-Jährigen stets stärker vertreten sein als die 20- bis 39-Jährigen. Aller-

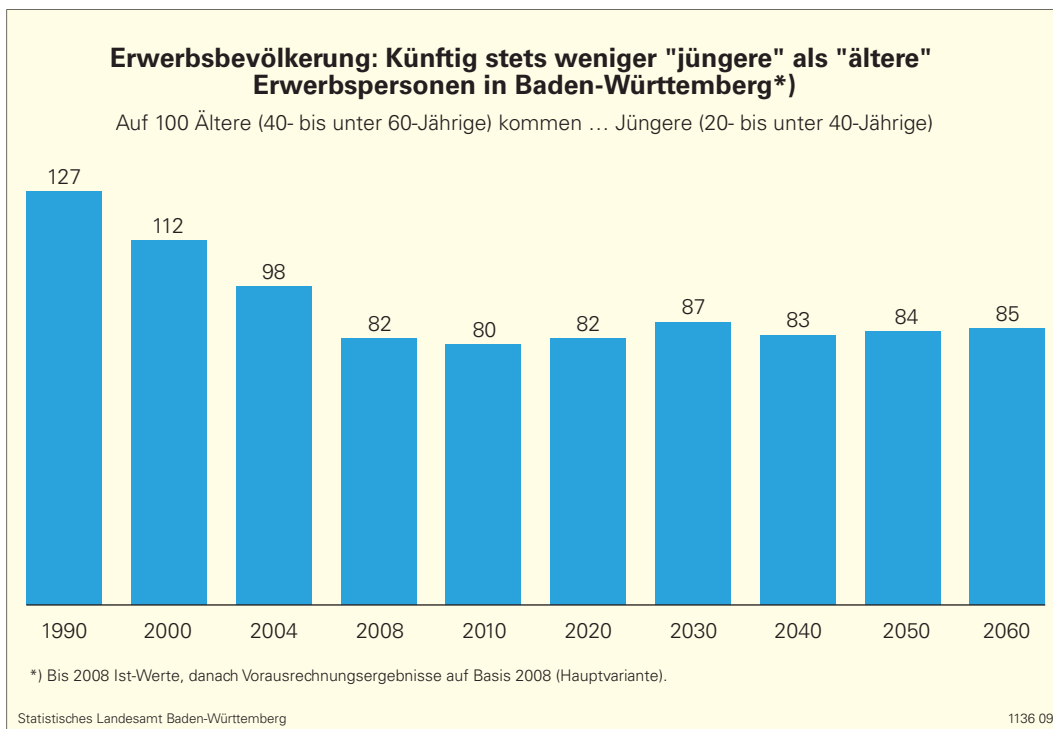
dings wird sich das derzeitige Verhältnis von „jung zu alt“ innerhalb der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in den nächsten Jahrzehnten nicht weiter zugunsten der Älteren verschieben. Das bedeutet, dass – rein demografisch betrachtet – die Erwerbsbevölkerung im Gegensatz zur Gesamtbevölkerung im Schnitt nicht mehr älter wird. Es ist zu erwarten, dass

Innovationen und die Bewältigung des technischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandels künftig stärker als in der Vergangenheit auch von einer älteren Erwerbsbevölkerung getragen werden muss. Deshalb werden berufliche Fortbildung und Neuqualifizierung auch im höheren Erwerbsalter eine noch größere Bedeutung erhalten.



Drei-Generationen-Verbund: Wachsende „Belastungen“ der Erwerbsbevölkerung

Für die Frage nach den Belastungen der „mittleren“, erwerbsfähigen Generation durch die Unterhaltsver-



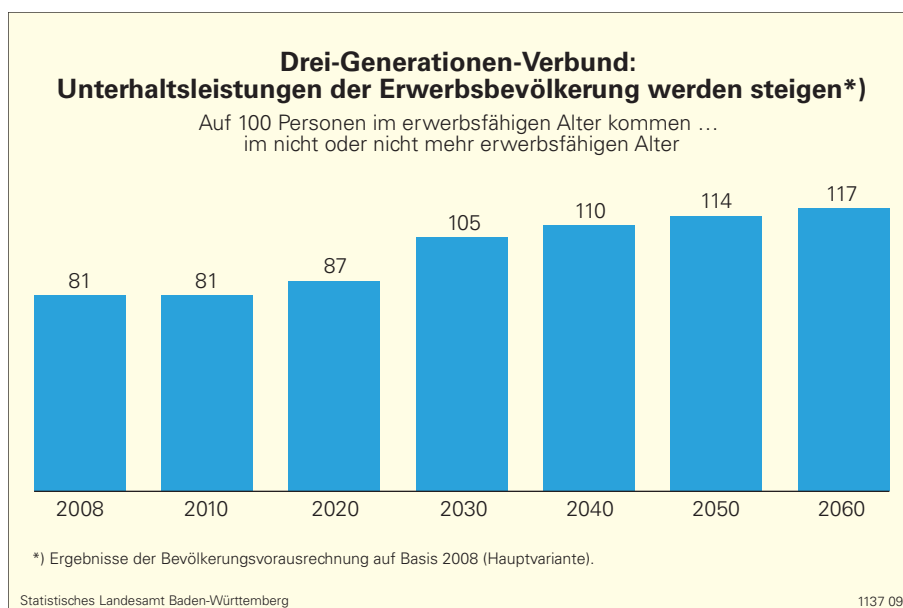
pflichtungen gegenüber den alten wie auch den jungen Menschen spielt die demografische Entwicklung dieser Bevölkerungsgruppen eine wesentliche Rolle. Der im Erwerbsalter befindlichen Bevölkerung (20 bis 59 Jahre) wird künftig eine deutlich wachsende Zahl von Personen im „nicht mehr erwerbsfähigen Alter“ (60 Jahre und älter) gegenüberstehen. Während heute auf

100 Personen im erwerbsfähigen Alter 44 Personen im Alter von 60 und mehr Jahren entfallen, dürften dies im Jahre 2030 bereits 70 ältere Nichterwerbspersonen sein. Bis zum Jahr 2060 würde dieser sogenannte „Altenquotient“ sogar auf 83 zu 100 ansteigen.

Rechnet man hinzu, dass die Erwerbspersonen auch die „noch nicht Erwerbsfähigen“ – die unter 20-Jährigen – ökonomisch unterhalten müssen, so zeigt sich folgendes Bild: Ende 2008 kamen auf 100 Erwerbspersonen insgesamt rund 81 Nichterwerbspersonen. Bis zum Jahr 2030 würde sich dieses Zahlenverhältnis auf 105 Nichterwerbspersonen zu 100 Personen im Erwerbsalter erhöhen. Im Jahre 2060 läge dieser „Gesamtquotient“ bei etwa 117 Personen im nichterwerbsfähigen Alter je 100 Erwerbspersonen. Damit würden die ökonomisch zu unterhaltenden Bevölkerungsgruppen die Erwerbsbevölkerung, die diese Unterhaltsverpflichtung trägt, um rund 17 % übersteigen. Diese Modellrechnungen zeigen, vor welchen demografisch bedingten Herausforderungen unser Solidarsystem steht. Allerdings ist bei der Bewertung wiederum zu berücksichtigen, dass die in Zukunft wohl steigende Erwerbsbeteiligung entlastende Effekte mit sich bringen würde.

Modellrechnung: Anstieg des Renteneintrittsalters auf 65 Jahre

Gegenwärtig liegt das tatsächliche Renteneintrittsalter durchschnittlich bei etwas mehr als 60 Jahren, das gesetzliche Rentenalter ist in der Regel auf 65 Jahre festgelegt. Würde das Alter des tatsächlichen Renteneintritts nicht 60 Jahre betragen, sondern 65 Jahre, so ergebe der „Altenquotient“ im Jahre 2060 ein zahlenmäßiges Verhältnis von 60 Personen im Alter von 65 und mehr Jahren zu 100 Erwerbspersonen im Alter von 20 bis 64 Jahren. Heute liegt dieses Zahlenverhältnis bei 32 zu 100. Der Anstieg des tatsächlichen Renteneintrittsalters hätte den doppelten Effekt, dass die Beschäftigten fünf Jahre länger Sozialversicherungsbeiträge entrichten und erst fünf Jahre später Leistungen beziehen würden. Wenn der „Jugendquotient“ hinzugerechnet wird, so hieße dies für das Jahr 2060, dass 100 Erwerbspersonen die Unterhaltsleistungen für insgesamt 90 Nichterwerbspersonen erbringen müssten – und nicht mehr wie bei einem tatsächlichen Renteneintrittsalter von 60 Jahren für 117 Nichterwerbspersonen. Damit wäre bei einer verlängerten Altersgrenze die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter künftig stets größer als die Zahl der zu unterhaltenden Nichterwerbspersonen.



Zu den Annahmen der neuen Bevölkerungsvorausrechnung

1. Geburtenrate

Seit rund 30 Jahren verzeichnet Baden-Württemberg ein anhaltend niedriges Geburtenniveau. Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau liegt seit Mitte der 70er-Jahre in dem engen Schwankungsbereich von 1,3 bis 1,5 Kindern je Frau. Damit fehlt seit drei Jahrzehnten etwa ein Drittel der Geburten, die erforderlich wären, um auf längere Sicht die Bevölkerungszahl ohne nennenswerte Zuwanderungen konstant zu halten. Gegenwärtig liegen keine Anhaltspunkte für eine nachhaltige Änderung der Geburtenhäufigkeiten im Lande vor, obwohl andere Länder wie beispielsweise Frankreich mit 2,0 Kindern je Frau eine deutlich höhere Kinderzahl aufweisen. Die Rechnungen gehen davon aus, dass wie in den vergangenen Jahren auch künftig im Durchschnitt 1,37 Kinder je Frau im Lande geboren werden.

2. Lebenserwartung

In den vergangenen knapp sechs Jahrzehnten hat die durchschnittliche Lebenserwartung Neugeborener um rund 14 Jahre zugenommen. Heute hat ein neugeborenes Mädchen die Aussicht auf eine Lebenserwartung von durchschnittlich 83,3 Jahren, bei den Jungen sind es 78,6 Jahre. Auch künftig dürfte die Lebenserwartung der Menschen in Baden-Württemberg etwa durch medizinische Fortschritte weiter ansteigen. Für die Bevölkerungsvorausrechnung wird eine Zunahme bis zum Jahr 2060 um rund sechs bis sieben Jahre angenommen. Damit wird unterstellt, dass sich der künftige Anstieg bei der Lebenserwartung im Vergleich zu den letzten Jahrzehnten abschwächen wird.

3. Zu- und Fortzüge über die Landesgrenze

Die Wanderungsgewinne des Landes haben sich seit 2001 deutlich verringert. Seinerzeit lag der landesweite Wanderungsgewinn bei rund 69 000 Personen, in 2005 waren es noch etwa 18 000 und im Jahr 2008 lediglich 4 400. Es wird für die Zukunft angenommen, dass Baden-Württemberg nach wie vor ein Zuwanderungsland bleiben wird, auch wenn die hohen Wanderungsgewinne zu Beginn des Jahrzehnts wohl nicht mehr erreicht werden.

Etwa ab dem Jahr 2012 könnten die Wanderungsgewinne wieder etwas ansteigen, da dann die 10 Mitgliedsstaaten, die 2004 der EU beigetreten sind, die volle Freizügigkeit erhalten werden. Vor diesem Hintergrund geht die Hauptvariante von einem jährlichen Wanderungsgewinn des Landes von 5 000 Personen in den Jahren 2009 bis 2011 und für die Folgejahre von + 10 000 aus. Ein zweiter Rechenansatz, die sogenannte Nebenvariante, orientiert sich stärker an der längerfristig vergangenen Entwicklung und berücksichtigt auch Schwankungen in der Höhe der Wanderungsströme. Ab dem Jahr 2012 werden hier Nettozuwanderungen von rund 20 000 Personen pro Jahr zu Grunde gelegt.

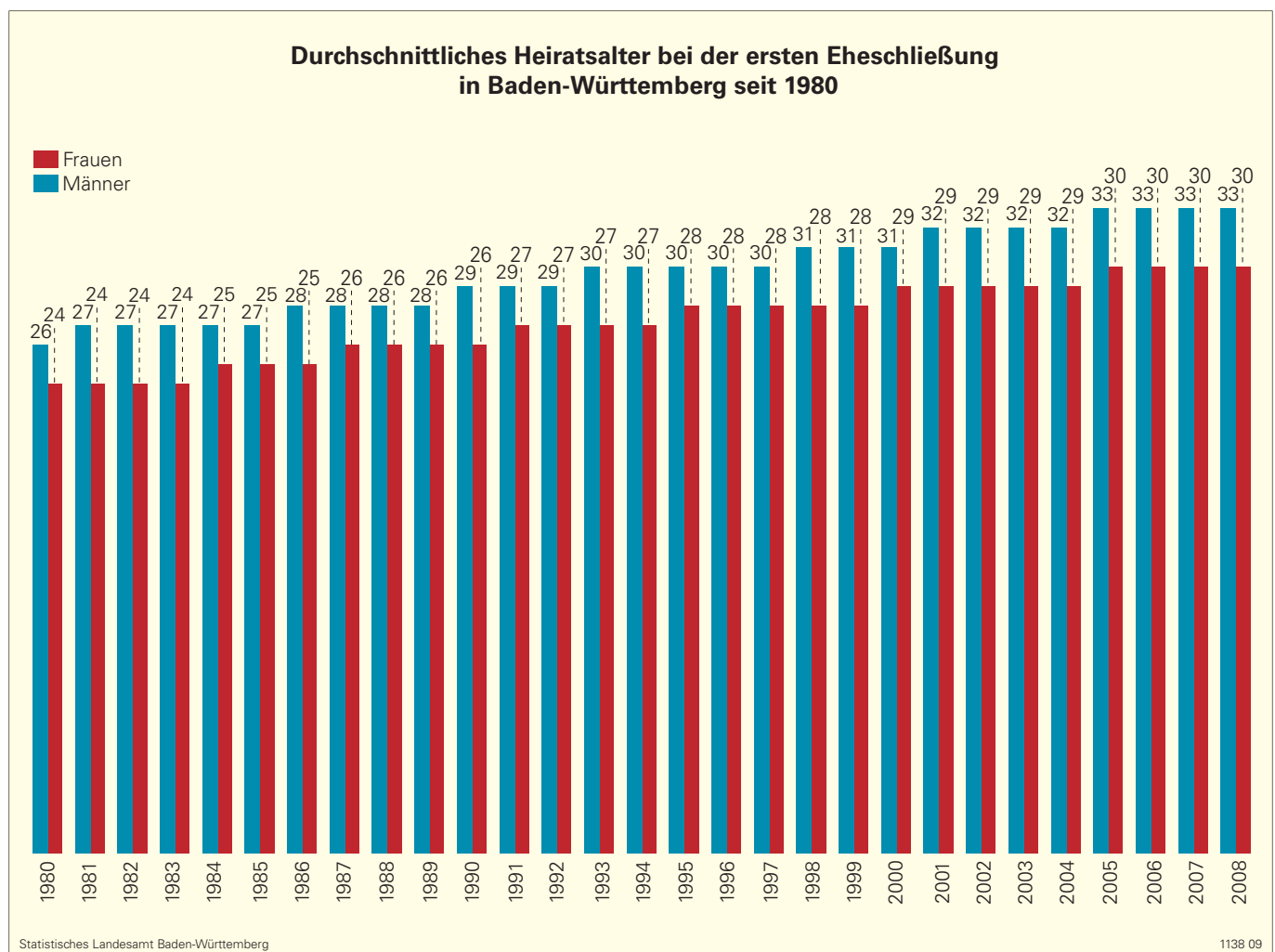
Fazit: Bevölkerungsvorausrechnungen sind keine Vorhersagen

Bevölkerungsvorausrechnungen dürfen nicht als „Vorhersagen“ missverstanden werden. Ihr Zweck liegt vor allem darin zu zeigen, wie sich die Bevölkerung unter den getroffenen Annahmen über die weitere Entwicklung von Zu- und Abwanderung sowie Geburten und Sterbefällen verändern würde. Es handelt sich um „Wenn – Dann“- Aussagen. Die Annahmen der aktuellen Vorausrechnung orientieren sich sowohl an Erfahrungen aus den längerfristigen Entwicklungen der Vergangenheit als auch an den jüngst eingetretenen Bevölkerungsveränderungen.

In Baden-Württemberg wird immer später geheiratet. Wer heiratet wen nach Nationalitäten?

In Baden-Württemberg haben im vergangenen Jahr 48 612 Paare geheiratet. Das waren 3 % mehr als 2007, aber etwa ein Fünftel weniger als zu Beginn der 90er-Jahre, als sich noch rund 60 000 Paare das Ja-Wort gaben. Für etwas mehr als drei Viertel der Frauen und Männer war dies die erste Hochzeit, gut ein Fünftel der Eheschließenden war geschieden und 2 % der Männer sowie 1 % der Frauen waren verwitwet.

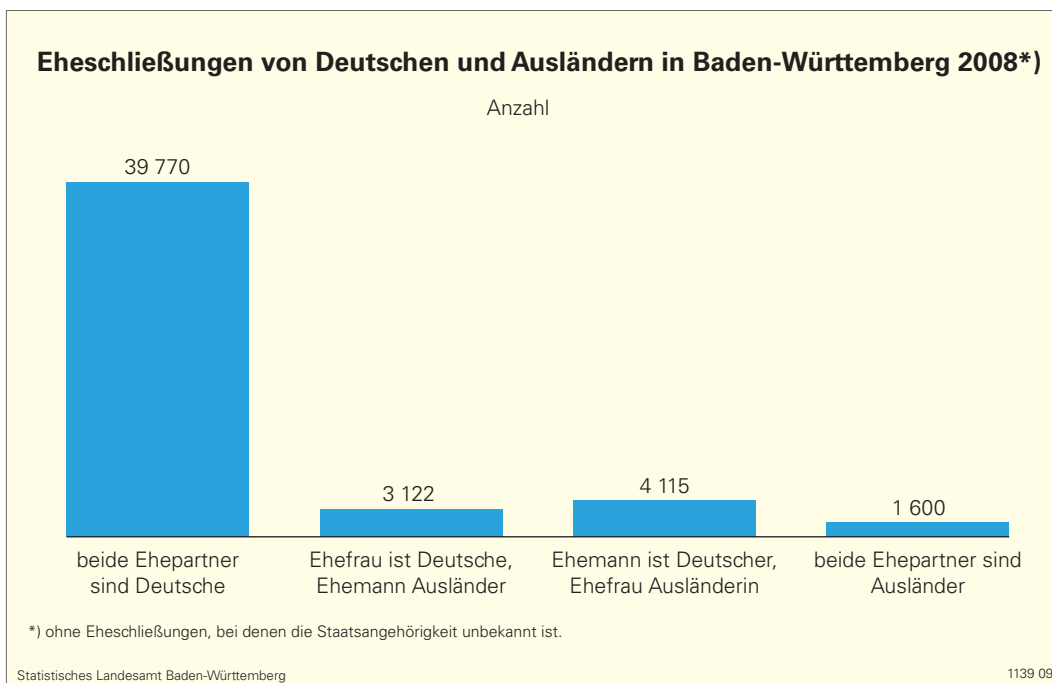
Im Jahr 2008 waren die Männer bei der ersten Eheschließung im Durchschnitt 32,8 Jahre und Frauen 29,8 Jahre alt. Damit ist das Durchschnittsalter, in dem ledige Männer und Frauen vor den Standesbeamten treten, in den letzten Jahren deutlich angestiegen: Noch Mitte der 80er-Jahre lag das durchschnittliche Heiratsalter rund 5 Jahre niedriger. Dieser Trend hin zu einer späteren Heirat dürfte unter anderem auf die im Schnitt gestiegene Ausbildungsdauer zurückzuführen sein, aber auch darauf, dass immer mehr Partner – im Gegensatz zu früher – zunächst in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft leben. Allerdings gab es auch im vergangenen Jahr Paare, die sehr jung geheiratet haben: Bei immerhin 79 Eheschließungen waren sowohl der Mann als auch die Frau jünger als 20 Jahre.



Nationalitäten: Wer heiratet wen?

Bei 82 % der Eheschließungen im vergangenen Jahr hatten sowohl die Frau als auch der Mann die deutsche Staatsangehörigkeit. Immerhin 15 % der Ehen wurden zwischen einer deutschen Frau und einem ausländischen Mann bzw. zwischen einem deutschen Mann und einer ausländischen Frau geschlossen). Dabei waren bei deutsch-ausländischen Eheschließungen solche zwischen deutschen Frauen und türkischen Männern (732) sowie zwischen deutschen Männern und polnischen Frauen (400) am häufigsten. Relativ häufig waren auch Eheschließungen zwischen türkischen Frauen und deutschen Männern (310). Dagegen haben Deutsche in Baden-Württemberg verhältnismäßig selten einen Partner aus den Nachbarstaaten Schweiz und Frankreich geheiratet: Deutsche Frauen haben im Jahr 2008 mit 100 Franzosen bzw. mit 75 Schweizern den Bund für das Leben geschlossen; deutsche Männer haben 93mal eine Französin und 72mal eine Schweizerin zur Lebenspartnerin gewählt.

Lediglich bei 3 % der Eheschließungen waren beide Partner Ausländer¹⁾ (1 600), wobei Hochzeiten von Italienerinnen und Italienern (323) am häufigsten stattfanden, gefolgt von Eheschließungen zwischen türkischen Staatsangehörigen (237).



1) Zu beachten ist allerdings, dass Eheschließungen, die im Ausland stattgefunden haben, nicht berücksichtigt sind.

Weitere Informationen zum Thema Bevölkerung in Baden-Württemberg unter www.statistik-bw.de (Fläche, Bevölkerung)

Die Staatsrätin für Demographischen Wandel und für Senioren im Staatsministerium Dr. Claudia Hübner



„Neben der Globalisierung und der Technisierung der Welt wird der Demographische Wandel unser aller Leben stärker beeinflussen als jedes andere Politikfeld. Der Demographische Wandel ist eine der größten Herausforderungen, der wir uns in kommenden Jahren und Jahrzehnten zu stellen haben. Wir müssen Handlungsstrategien entwickeln und konzentriert nach Chancen suchen, wie der demographische Wandel erfolgreich gestaltet werden kann.“

Demographiebeauftragte der Landesregierung

Die Gestaltung des demographischen Wandels ist ein zentraler Schwerpunkt der Landespolitik. Um die Bedeutung des Themas zu betonen und die damit verbundenen Herausforderungen strategisch und koordinierend optimal anzugehen, wurde die ehrenamtliche Staatsrätin für Demographischen Wandel und für Senioren im Staatsministerium als stimmberechtigtes Kabinettsmitglied berufen. Seit 14. Juni 2006 übt Dr. Claudia Hübner dieses Amt aus.

- **Neue Bevölkerungsvorausrechnung: Demographische Wende hat auch Baden-Württemberg erreicht**
 11.11.2009 Die Staatsrätin für Demographischen Wandel und für Senioren im Staatsministerium, Dr. Claudia Hübner, hat gemeinsam mit dem Statistischen Landesamt die Ergebnisse einer neuen Bevölkerungsvorausrechnung für Baden-Württemberg vorgestellt.
- **Sinkender Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter in Baden-Württemberg**
 11.11.2009 Im Zuge einer neuen Bevölkerungsvorausrechnung für Baden-Württemberg hat die Demographiebeauftragte der Landesregierung, Staatsrätin Dr. Claudia Hübner, gemeinsam mit dem Statistischen Landesamt auch neue Zahlen zur künftigen Entwicklung der Personen im Erwerbsalter vorgestellt.
- **Staatsrätin für Demographischen Wandel und für Senioren besucht den Main-Tauber-Kreis**
 11.11.2009 Die 30. Station ihrer Kreisbereisungen führt die Staatsrätin für Demographischen Wandel und für Senioren im Staatsministerium, Dr. Claudia Hübner, am Donnerstag (12. November 2009) in den Main-Tauber-Kreis.
- **Landesweiter Startschuss der Seniorenverbraucherkonferenzen 'Gesund und selbstbestimmt' in Baden-Württemberg**
 09.11.2009 "Das Leitbild der Landesregierung von mündigen und gut informierten Verbraucherinnen und Verbrauchern kennt keine Altersbegrenzung." Dies sagten Minister Peter Hauk und Staatsrätin Dr. Claudia Hübner anlässlich des landesweiten Startschusses zu insgesamt acht Seniorenverbraucherkonferenzen.

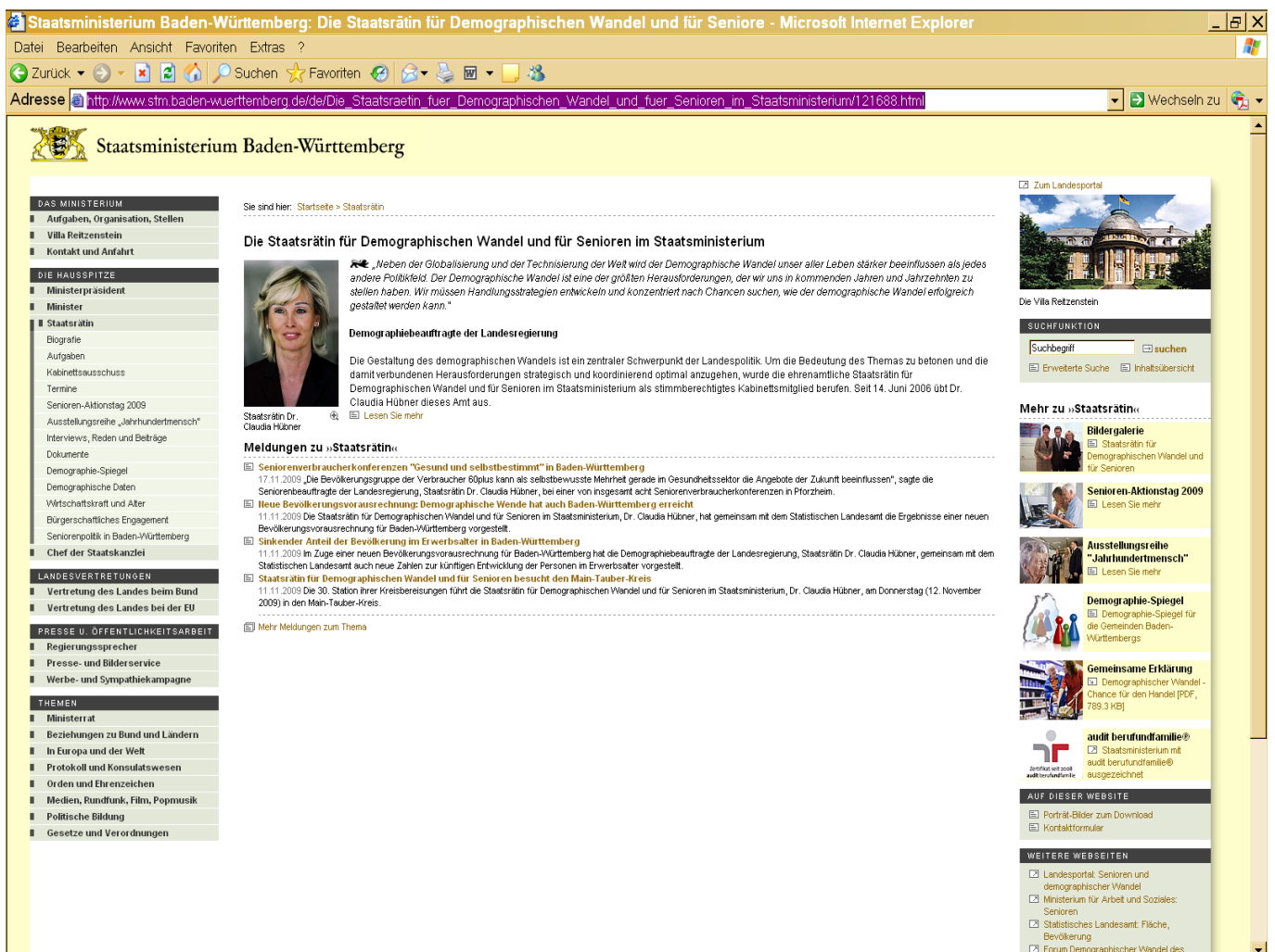
Vorschau Kreisbereisungen Staatsrätin Dr. Hübner

3. Dezember 2009: Kreisbereisung Landkreis Sigmaringen

28. Januar 2010: Kreisbereisung Landkreis Böblingen

11. Februar 2010: Kreisbereisung Stadtkreis Heilbronn

Weitere Informationen auf der Homepage der Staatsrätin zum Demographischen Wandel in Baden-Württemberg unter www.demographie-bw.de



The screenshot shows a Microsoft Internet Explorer browser window displaying the website of the Baden-Württemberg State Ministry. The page title is 'Die Staatsrätin für Demographischen Wandel und für Senioren im Staatsministerium'. The main content features a portrait of Dr. Claudia Hübler and a text block stating that demographic change is a central focus of state policy. The left sidebar contains a navigation menu with categories like 'DAS MINISTERIUM', 'DIE HAUSSPITZE', 'LANDESVERTRETUNGEN', 'PRESSE U. ÖFFENTLICHKEITSARBEIT', and 'THEMEN'. The right sidebar includes a search function, a gallery of photos, and links to various publications and reports.

Weitere Informationen

Pressestelle, Tel. 0711 641 2451, pressestelle@stala.bwl.de

Fachauskünfte erteilt Werner Brachat-Schwarz, Tel. 0711 641 2570,

werner.brachat-schwarz@stala.bwl.de

Eine PDF-Version des Presseheftes kann unter pressestelle@stala.bwl.de angefordert werden.

The screenshot shows the website 'Statistisches Landesamt Baden-Württemberg'. On the left, there is a navigation menu with categories such as 'Fläche, Bevölkerung', 'Bildung, Kultur', 'Gesundheit, Soziales, Rechtspflege', 'Wahlen', 'Volkswirtschaft, Branchen (URS), Konjunktur, Preise', 'Erwerbstätigkeit', 'Landwirtschaft', 'Industrie, Handwerk, Bauen und Wohnen', 'Dienstleistungen', 'Öffentl. Finanzen, öffentl. Dienst', and 'Umwelt, Verkehr, Energie'. The 'Fläche, Bevölkerung' category is circled in red. The main content area features a header with 'Statistisches Landesamt Baden-Württemberg' and a search bar. Below the header, there are sections for 'Neueste Pressemitteilungen' (latest press releases) and 'Konjunktur Südwest 2009/4: Konjunkturaussichten für Baden-Württemberg verbessern sich - Talsohle dürfte in der Jahresmitte erreicht worden sein'. The 'Neueste Pressemitteilungen' section includes several articles with dates from 02.11.2009, such as 'Im September 58 200 Beschäftigte weniger in der Südwestindustrie als im Vorjahr (- 5,3 Prozent)', 'Südwestindustrie erzielte im September preisbereinigt 20 Prozent weniger Umsatz als im Vorjahr', 'Südwestindustrie produzierte im September 16 Prozent weniger als im Vorjahr', 'Südwestindustrie erhielt im September 18 1/2 Prozent weniger Aufträge als im Vorjahr', and 'Kosten der Krankenhäuser 2008 um 4 Prozent auf 9,1 Milliarden Euro gestiegen'. The 'Konjunktur Südwest 2009/4' section includes a sub-section 'Private Haushalte - Ökonomie - Ökologie - Gemeinschaftsveröffentlichung des AK UGR der Länder' and 'Umweltökonomische Gesamtrechnungen in Baden-Württemberg'. The right sidebar contains various links and services, including 'Datenmeldung', 'Online-Erhebung', 'Formularservice', 'Extras', 'Veröffentlichungen', 'Das Land und die EU', 'Gemeindeverzeichnis', 'FaFo', 'Familienforschung', 'Demografie-Spiegel', 'Bund und Länder', 'Statistik-Portal', 'Forschungsdaten', 'Zensus 2011', 'Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen', 'Landwirtschaftszählung 2010', 'Portale', 'Familienfreundliche Kommune', 'Kompetenzzentrum Beruf & Familie', 'LIS Datenbanken', 'Regionaldaten', 'Interaktive Karten (Java)', 'Außenhandelsdaten', 'Landesbibliographie', 'Parlamentsdokumentation', 'Bibliothekskatalog', 'Newsletter', 'Pressemitteilungen', 'Statistische Berichte', 'für Kommunen / Wissenschaft', 'Aktuelles', 'Konjunkturspiegel (Indexzahlen)', 'Arbeitsmarkt', 'Luftschadstoffe', 'Entsorgungswirtschaft', 'Straßenverkehrs-unfälle 2008', and 'Stellenangebote'.



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

So erreichen Sie uns

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart

www.statistik-bw.de

Pressestelle

Telefon 0711/641-24 51, Telefax - 29 40
pressestelle@stala.bwl.de

Kontaktzeiten

Montag bis Donnerstag 9.00 – 15.30 Uhr,
Freitag 9.00 – 12.00 Uhr



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg • Böblinger Straße 68 • 70199 Stuttgart • Telefon 0711/641-0 Zentrale
Telefax 0711/641-24 40 • poststelle@stala.bwl.de • www.statistik-bw.de